

# BTI 2020 | Eine Geschichte zweier Regionen

## *Regionalbericht Südliches und Östliches Afrika*

Von Nic Cheeseman\*

Überblick zu den Transformationsprozessen in *Angola, Äthiopien, Botswana, Burundi, Dschibuti, Eritrea, Eswatini, Kenia, Lesotho, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Namibia, Ruanda, Sambia, Simbabwe, Somalia, Südafrika, Südsudan, Tansania und Uganda*



Dieser Regionalbericht analysiert die Ergebnisse des Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) 2020 im Untersuchungszeitraum vom 1. Februar 2017 bis 31. Januar 2019. Weitere Informationen finden Sie unter [www.bti-project.de](http://www.bti-project.de).

Zitiervorschlag: Nic Cheeseman, Eine Geschichte zweier Regionen – BTI-Regionalbericht Südliches und Östliches Afrika, Gütersloh: Bertelsmann Stiftung 2020.

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.

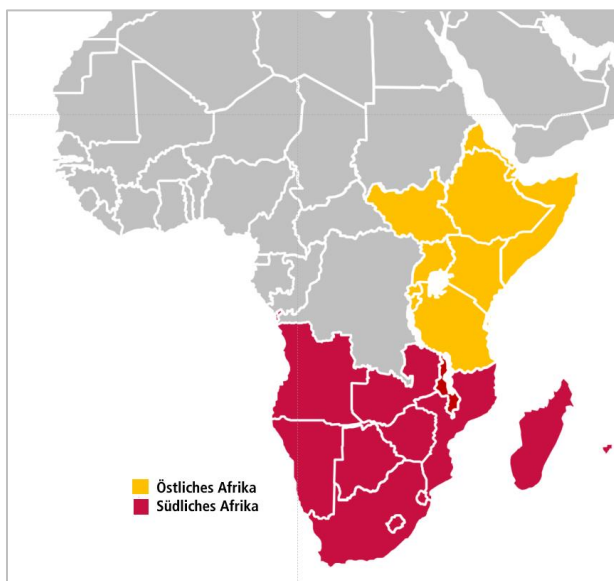
---

\* Nic Cheeseman ist Professor für Demokratie und internationale Entwicklung an der Universität Birmingham.

## Einleitung

Die Länder im Süden und Osten Afrikas haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht sehr unterschiedlich entwickelt. Zu Beginn der 1990er Jahre, als das Mehrparteiensystem wieder Einzug in die afrikanische Politik hielt, war die Qualität der Demokratie im südlichen und östlichen Afrika recht ähnlich. Seither hat sich das südliche Afrika zu einer relativ stabilen demokratischen Region entwickelt, allem voran durch die demokratische Konsolidierung in Namibia und Südafrika und die anhaltende politische Stärke Botswanas, das seit seiner Unabhängigkeit ununterbrochen Mehrparteienwahlen abgehalten hat. Beflügelt hat diese positivere Entwicklung die Präsenz einflussreicher Gewerkschaften, deren historische Wurzeln im Bergbau und in der Urbanisierung begründet liegen, die Entwicklung stärkerer und unabhängigerer demokratischer Institutionen und das Engagement dominanter Befreiungsbewegungen, die sich für die Wahrung bürgerlicher Freiheiten einsetzen, insbesondere in Namibia und Südafrika.

**Abb. 1: Karte südliches und östliches Afrika**



Im Gegensatz dazu fiel es vielen ostafrikanischen Ländern schwer, demokratische Staatssysteme aufzubauen. Stattdessen bildeten sich in den 1990er Jahren eine Reihe kompetitiv-autoritärer politischer Systeme heraus, in denen man zwar Wahlen abhielt, die Opposition aber daran gehindert wurde, auf Augenhöhe konkurrieren zu können. Das war auf verschiedene Faktoren zurückzuführen, darunter auf relativ schwache Zivilgesellschaften, eine Tendenz der Oppositionsparteien, sich entlang ethnischer Zugehörigkeiten zu formieren, und den Aufstieg ehemaliger Rebellenarmeen mit tendenziell autoritärem Regierungsstil in Burundi, Äthiopien, Uganda und Ruanda. Insgesamt wurde die Qualität der Demokratie im östlichen Afrika auch dadurch unterminiert, dass es fünf Länder gibt, in denen Mehrparteienwahlen entweder noch nie abgehalten wurden (Eritrea), durch Konflikte unterbrochen wurden (Somalia, Südsudan) oder als Staffage für einen De-facto-Einparteienstaat dienten (Dschibuti, Ruanda).

Natürlich bestehen innerhalb der beiden Regionen beträchtliche Unterschiede. Was das östliche Afrika angeht, ist die Politik in Kenia und Tansania weitaus offener als in Dschibuti, Eritrea und Ruanda. Neben den demokratischen Hoffnungsträgern gibt es auch im südlichen Afrika eine Reihe stärker autoritär ausgerichteter Staaten, allen voran Angola, Eswatini und Simbabwe. Allerdings ist es trotz aller Unterschiede auffällig, dass acht der neun Staaten mit der höchsten Demokratiequalität sich im südlichen Afrika befinden, während neun der dreizehn Staaten, die am schwächsten abgeschnitten haben, im östlichen Afrika liegen.

Im Durchschnitt kam es in diesen Regionen im Zeitraum zwischen dem BTI 2018 und dem BTI 2020 insgesamt nur zu relativ geringfügigen Veränderungen. Der Durchschnittswert der politischen Transformation blieb unverändert, während die Bewertung der wirtschaftlichen Transformation unwesentlich zurückging (0,09 auf einer Bewertungsskala von 1-10) und die Qualität der Governance einen kleinen Anstieg (0,10) verzeichnete.

Insgesamt deuten diese Bewertungen darauf hin, dass die Zeichen der Zeit im Zeitraum zwischen 2018 und 2020 wohl eher auf Kontinuität als auf Veränderung standen. Wie in jeder Region verbergen sich hinter diesen Durchschnittswerten sehr unterschiedliche länderspezifische Phänomene. Generell betrachtet stellten sich Verbesserungen in Staaten ein, in denen Autokraten, die lange an der Macht waren, durch Regierungsoberhäupter ersetzt wurden, die sich – zumindest ihren Aussagen nach – stärker für Reformen engagierten. Dazu gehörten Angola, Äthiopien und Simbabwe.

Eine kleine Anzahl an Ländern bewegte sich allerdings auch in die entgegengesetzte Richtung, meist infolge anhaltender politischer Kontroversen im Zusammenhang mit Wahlen oder verfassungsrechtlichen Änderungen. Auf diese Weise verzeichnete Kenia, nach den Kontroversen im Rahmen der Präsidentschaftswahlen von 2017 und der darauffolgenden politischen Sackgasse, im Demokratie-Index die stärksten Einbrüche aller Länder in beiden Regionen. Burundi erlitt angesichts der politischen Krise – ausgelöst durch die Bemühungen Präsident Nkurunzizas, die Verfassung zu ändern, um seine Amtszeit zu verlängern – die stärksten Verluste im Bereich der wirtschaftlichen Transformation. Und Sambia verzeichnete einen deutlichen Rückgang in der Qualität der Governance, indem Präsident Edgar Lungu mit Repressionen seine Autorität zu behaupten suchte, nachdem er 2016 in umstrittenen Wahlen wiedergewählt worden war und das Verfassungsgericht ihn 2018 überdies in einer kontroversen Entscheidung zur Kandidatur für eine dritte Amtszeit für die kommenden Präsidentschaftswahlen zugelassen hatte.

Ein Land, das einen deutlichen Rückgang der Demokratiequalität verzeichnete, ohne dass es Kontroversen in Zusammenhang mit Wahlen oder verfassungsrechtlichen Fragen gegeben hat, war Tansania, schließlich hatte Präsident John Magufuli 2015 in den Wahlen hier einen eindeutigen Wahlsieg erzielt. Denn obwohl Magufuli seinen größten Rivalen um nahezu 20 % schlug, hat seine mangelnde Bereitschaft, Kritik anzunehmen, zu einer Verschlechterung der Qualität der politischen Rechte und Bürgerrechte geführt. Zwar beeindruckte der Präsident die internationale Gemeinschaft mit seiner Entschlossenheit, schnelle Änderungen zu vollziehen – darunter eine Antikorruptionsinitiative –, doch unterminierte er mit seinem sehr personalistischen Regierungsstil die Unabhängigkeit zentraler demokratischer Institutionen. In der Folge erlitt Tansania von allen Ländern der beiden Regionen zwischen 2018 und 2020 den stärksten Rückgang der Governance-Bewertung überhaupt.

In puncto wirtschaftlicher Transformation hingegen zeichnet sich ein etwas anderes Bild ab. Im Verlauf der vergangenen zwei Jahre konnte Ostafrikas Wirtschaft höhere Wachstumsraten erzielen – zugegebenermaßen ausgehend von einem niedrigeren Niveau –, was auf gestiegene Einnahmen der Regierungen infolge heimischer Besteuerung, wirksamerer regionaler Integration und die jüngste Entdeckung von Gas- und Ölvorkommen zurückzuführen ist. Im Gegensatz dazu bewegen sich die Länder im südlichen Afrika im Bereich eines Nullwachstums, vor allem durch die wirtschaftliche Stagnation des regionalen Schwergewichts Südafrika und die anhaltend negativen Auswirkungen der niedrigeren Ölpreise auf Angola, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Region. Dennoch konnten einige Länder im südlichen Afrika weiterhin höhere Bewertungen im Bereich der wirtschaftlichen Transformation erzielen. Das hängt teilweise damit zusammen, dass sie tendenziell in Bezug auf Geldwertstabilität, Markt- und Wettbewerbsordnung, Schutz der Eigentumsrechte, Bereitstellung von Sozialleistungen und sozioökonomische Entwicklung besser abschneiden; und auch damit, dass zu Ostafrika einige Länder mit den weltweit niedrigsten menschlichen Entwicklungsniveaus überhaupt zählen, darunter Burundi, Eritrea, Somalia und der Südsudan. Sollten keine unvorhergesehenen externen Störfaktoren auftreten, dürften diese politischen und wirtschaftlichen Trends wohl kurz- bis mittelfristig anhalten.

## Politische Transformation

Die durchschnittliche Qualität der politischen Transformation blieb im südlichen und östlichen Afrika zwischen 2018 und 2020 unverändert. Allerdings verbergen sich hinter diesem durchschnittlichen Stillstand auf der Ebene der Regionen und Länder äußerst unterschiedliche Entwicklungswege. Zwar sind selbst innerhalb der beiden Regionen deutliche Unterschiede erkennbar, dennoch zeigt sich, dass die Staaten des südlichen und östlichen Afrikas seit der Wiedereinführung des Mehrparteiensystems zu Beginn der 1990er Jahre eine tendenziell unterschiedliche Entwicklungsrichtung eingeschlagen haben. Der BTI-Bericht 2020 zeigt einen offenen, wettbewerbsorientierten Politikstil im südlichen Afrika, während er im östlichen Afrika autoritärer und stärker auf Konfrontation ausgerichtet ist.

Tab. 1: Entwicklungsstand der politischen Transformation

sich konsolidierende Demokratien Werte 10 bis 8	defekte Demokratien Werte < 8 bis 6	stark defekte Demokratien Werte < 6	gemäßigte Autokratien Werte ≥ 4	harte Autokratien Werte < 4
Mauritius	Namibia	Sambia ▼	Uganda	Ruanda
Botswana	Südafrika	Lesotho	Kenia ▼▼	Dschibuti*
	Malawi	Madagaskar	Angola	Burundi
	Tansania		Mosambik	Eswatini*
			Simbabwe ▲	Südsudan ●
			Äthiopien ▲	Eritrea
				Somalia ●

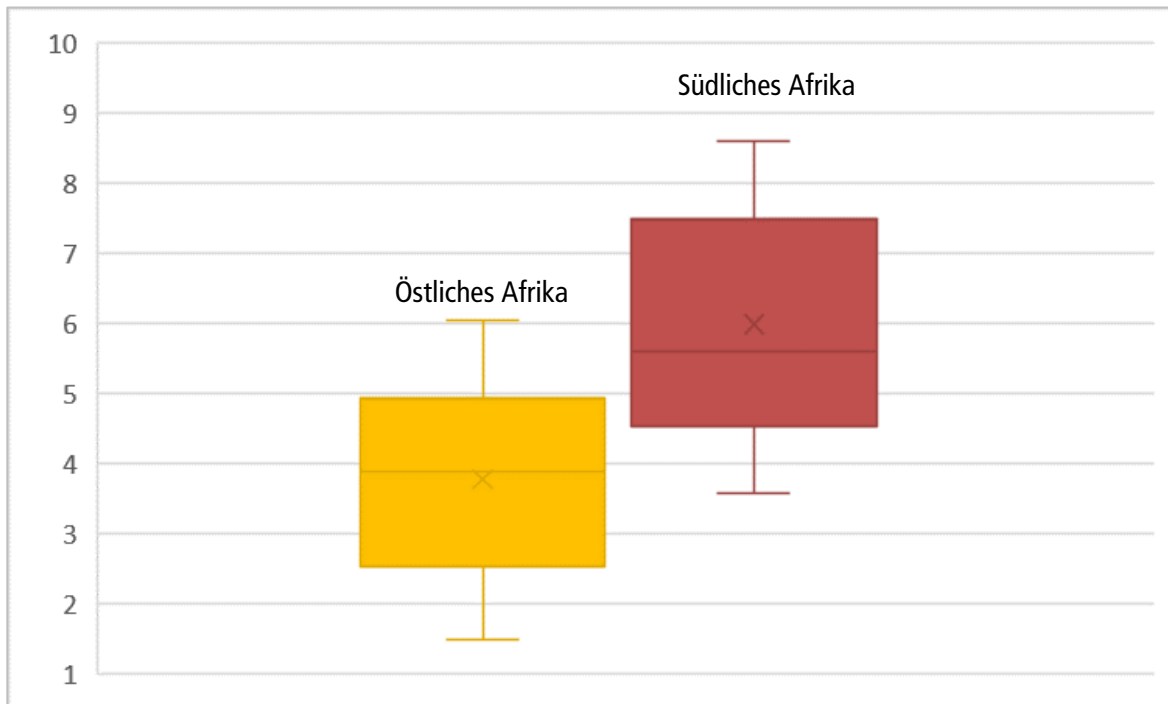
Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2020. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des Demokratie-Status angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2018, Punkte bezeichnen zerfallende Staaten.

\* Neu im Ländersample des BTI

Die beiden sich konsolidierenden Demokratien dieser Regionen und alle defekten sowie stark defekten Demokratien befinden sich – mit Ausnahme von Tansania – im südlichen Afrika (Tab. 1), während alle harten Autokratien – mit Ausnahme des kleinen Königreichs Eswatini – im östlichen Afrika liegen. Die Werte, die die beiden Regionen in Bezug auf die politische Transformation erzielen konnten, bestätigen das: Der Durchschnittswert der Staaten im südlichen Afrika liegt bei 5,99, während er bei den ostafrikanischen Staaten lediglich bei 3,78 liegt (Abb. 2). Das bedeutet: Während sich ein „typischer“ Staat aus dem südlichen Afrika an der Grenze zwischen defekter und stark defekter Demokratie bewegt, liegt das gewöhnliche ostafrikanische Land an der Grenze zwischen gemäßigter und harter Autokratie.

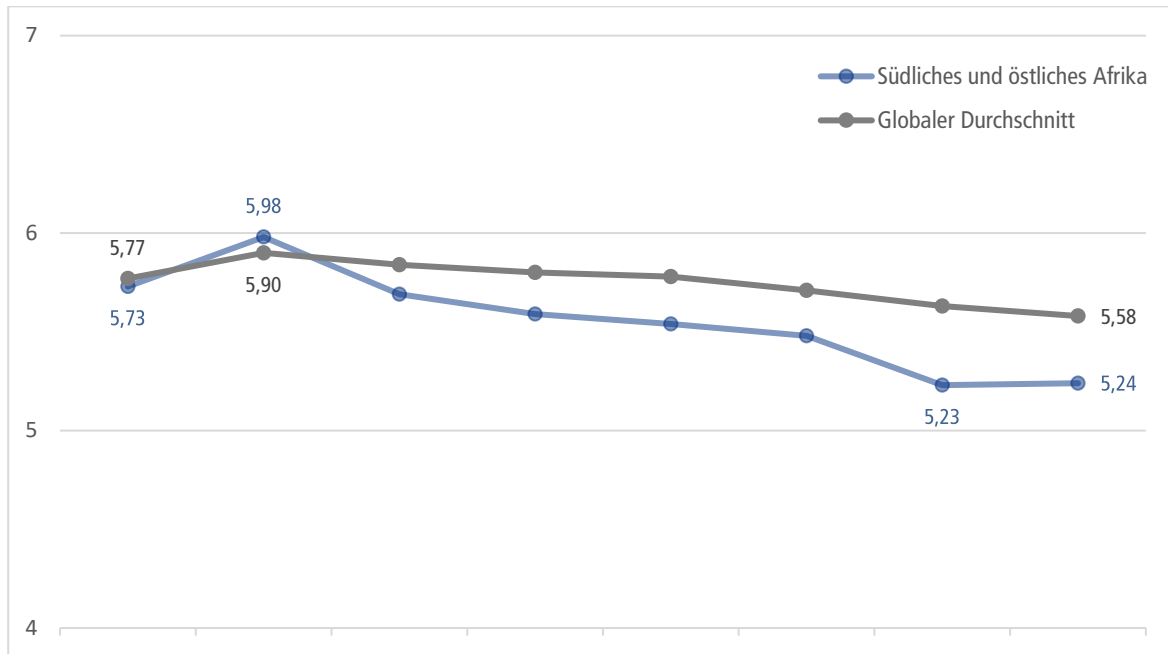
Die jüngsten Trends haben wenig dazu beigetragen, dieses Bild zu ändern. Beispielsweise weist kaum eine der harten Autokratien im östlichen Afrika auch nur geringste Anzeichen für eine bevorstehende Verbesserung in die Kategorie gemäßigter Autokratien auf. Zwar konnte Äthiopien insgesamt die größten Fortschritte in puncto politischer Transformation erzielen. Nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch Premierminister Abiy Ahmed am 2. April 2018 verzeichnete es einen Anstieg um 0,98 auf einer Skala von 1-10. Im Amt regte Abiy (wie man ihn in Äthiopien nennt) schon bald eine Reihe von Reformen an, darunter die Freilassung politischer Gefangener, das Versprechen, die Qualität der Wahlen zu erhöhen, und die Ernennung eines Kabinetts mit ausgewogenem Geschlechterverhältnis. Aber die anhaltende politische Instabilität in einigen Teilen des Landes hat diese Anstrengungen stark belastet: Ende 2018 nahmen die Repressalien gegenüber der Opposition zu und im Juni 2019 kam es zu einem fehlgeschlagenen regionalen Umsturzversuch der Regierung der Region Amhara. Daher sieht es jetzt so aus, als würden die gleichen politischen Turbulenzen, die es Abiy ermöglicht haben, sich das Amt des Premierministers zu sichern, nun auch seine Möglichkeiten, die Transformation des Landes voranzutreiben, beeinträchtigen.

Allerdings wurden Äthiopiens Fortschritte durch die Einbußen Kenias, das einen Rückgang von 1,40 Punkte verzeichnete, mehr als nur ausgeglichen. Diese waren größtenteils auf die Wahlen von 2017 und die nachfolgende Zeit zurückzuführen. Nachdem der oberste Gerichtshof Präsident Keniattas umstrittenen Wahlsieg annullierte, den er in den allgemeinen Wahlen vom 8. August 2017 errungen hatte, fanden am 26. Oktober Neuwahlen statt. Diese wurden letztlich von Raila Odinga, dem Spitzenkandidaten der Opposition, mit dem Argument boykottiert, die Zeit reiche nicht aus, um die Änderungen vorzunehmen, die für freie und faire Wahlen erforderlich wären. Das Bestreben kleinerer Gruppen von Anhängern der Opposition, die Wahlen zu stören, führte zu Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften, was den Boden für eine Phase langwieriger politischer Konfrontationen bereitete. Nachdem Odinga und seine politischen Verbündeten die Rechtmäßigkeit des Wahlsiegs Keniattas zurückgewiesen und seine Anhänger zeitgleich eine Vereidigungszeremonie abgehalten hatten, um ihn als den „Präsidenten des Volkes“ einzuführen, hatte die mit harter Hand geführte Reaktion der Sicherheitskräfte über 100 Todesfälle zur Folge. Diese Tatsache, neben den verbalen Angriffen führender Regierungsmitglieder – darunter auch von Präsident Keniatta selbst – auf die Justiz, nachdem das Oberste Gericht seinen Wahlsieg am 8. August für „null und nichtig“ deklariert hatte, erklärt, warum Kenia um zwei Kategorien, von einer defekten Demokratie zu einer gemäßigten Autokratie, zurückgefallen ist.

**Abb. 2: Punkteverteilung politische Transformation nach Region**

Die Boxen zeigen die mittleren 50 % der Punkteverteilung der Länder der beiden Regionen. Die Linie innerhalb der Boxen zeigt den Median der erzielten Punkte. Die „Whiskers“ (äußeren Linien) markieren die niedrigsten und höchsten Punktzahlen innerhalb der jeweiligen Stichprobe.

Die jüngsten Trends im südlichen Afrika fielen auch unterschiedlich aus, wobei weitere demokratische Rückschläge in Sambia von Verbesserungen in Simbabwe ausgeglichen wurden. Sambias Entwicklung unter Präsident Edgar Lungu, nach den umstrittenen Wahlen im Jahr 2016 und der Inhaftierung des Oppositionsführers Hakainde Hichilema aufgrund von Verratsvorwürfen, ist schon länger beunruhigend. In den vergangenen zwei Jahren kam es zu weiteren autoritären Übergriffen, darunter anhaltende Anstrengungen der Regierung, kritische Stimmen einzuschüchtern und zu marginalisieren, und einem erfolgreichen Antrag Lungus beim – von ihm ernannten – Verfassungsgericht, seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2021 für rechtmäßig zu erklären, falls er zur Wahl für eine dritte Amtszeit antritt. Diese Gerichtsentscheidung ist äußerst umstritten, da sich der Präsident bereits in seiner zweiten Amtszeit befindet und die Verfassung eigentlich eine Beschränkung auf maximal zwei Amtszeiten vorsieht. Lungus Argumentation zufolge war seine erste Amtszeit verkürzt – er vollendete die Amtszeit von Präsident Michael Sata, der 2014 im Amt verstarb –, sodass man ihm eine dritte Amtszeit zugestehen solle. Diese Argumentation wurde im Rahmen einer neuen Verfassungsbestimmung gestützt. Doch da diese Bestimmung erst nach dem Amtsantritt Lungus in Kraft trat, argumentierten viele Kritiker, dass allein die zum Zeitpunkt des Amtsantritts geltenden Verfassungsbestimmungen ausschlaggebend seien, sodass er 2021 aus dem Amt scheiden müsste.

**Abb. 3: Die politische Transformation im südlichen und östlichen Afrika im weltweiten Trendvergleich**

Der Durchschnitt von 18 Ländern des südlichen und östlichen Afrikas (ohne Lesotho, Südsudan, Dschibuti und Eswatini, die später hinzukamen) im Vergleich zum weltweiten BTI-Durchschnitt der 119 Länder, die seit 2006 durchgehend bewertet wurden.

Simbabwe war eines der Länder im südlichen Afrika, das sich in die entgegengesetzte Richtung entwickelt hat, d.h. von einer harten Autokratie zu einer gemäßigten Autokratie. Die bessere Bewertung spiegelt die größere politische Offenheit im Zusammenhang mit den allgemeinen Wahlen des Jahres 2018 wider, als der Spitzenkandidat der Opposition Nelson Chamisa auch in ländlichen Gegenden Wahlkampf in einer Art und Weise betreiben durfte, die seinem Vorgänger Morgan Tsvangirai während dessen Wahlkampagne 2013 verwehrt geblieben war. Allerdings trübte sich die Hoffnung, das Land könne einen bedeutenden politischen Wendepunkt erreicht haben, in der Folge deutlich ein, als der Protest von Anhängern der Opposition gegen mutmaßliche Wahlmanipulationen von der Armee mit Gewalt niedergeschlagen wurde, was mindestens zu sechs Todesfällen führte.

Der schrittweise Rückgang der Qualität der politischen Transformation, der sich im östlichen Afrika im Laufe des letzten Jahrzehnts gezeigt hat, sowie das relativ stabile Bild des südlichen Afrikas haben zu einem anhaltenden Rückgang der Qualität der Demokratie insgesamt geführt, wie Abb. 3 zeigt. Die durchschnittliche Bewertung der politischen Transformation in den 18 Ländern, die der BTI in diesem Zeitraum gemessen hat, fiel in diesem Zeitraum von 5,73 im BTI 2006 auf 5,24 im BTI 2020. Während das südliche und östliche Afrika vor 14 Jahren im Bereich des globalen BTI-Durchschnitts von 119 Ländern lag und diesen 2008 sogar kurzfristig übertraf, sind die beiden Regionen zusammengekommen unter den weltweiten Durchschnitt gefallen (5,24 im Vergleich zu 5,58). Lässt man auch die Bewertungen von Dschibuti, Eswatini, Lesotho und des Südsudans, die erst in jüngster Zeit Teil des BTI geworden sind, in die Berechnung einfließen, fällt sie sogar noch niedriger aus: 4,99 (im Vergleich zu 5,52 der weltweiten Stichprobe bestehend aus 137 Ländern des BTI 2020).

Allerdings ist der Zeitraum 2018-2020 aus dem allgemeinen Trend ausgebrochen, denn es war der erste Untersuchungszeitraum in einem Jahrzehnt, in dem keine weitere Verschlechterung eingetreten ist. Diese Stabilisierung war das Ergebnis einer Verbesserung der Qualität der Staatlichkeit und zu einem geringeren Maße der politischen Partizipation sowie politischen und gesellschaftlichen Integration. Dabei sollte aber nicht übersehen werden, dass die Regionen in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit und Stabilität der demokratischen Institutionen Rückschläge erlitten haben. Angesichts des Einflusses, den diese Faktoren auf die Qualität der Wahlen, den Kampf gegen Korruption und die Attraktivität des Landes für ausländische Investoren haben können, ist dies in vielerlei Hinsicht eine besorgniserregende Entwicklung.

## Wirtschaftliche Transformation

Insgesamt hat das Niveau der wirtschaftlichen Transformation im südlichen und östlichen Afrika leicht nachgelassen, aber für die meisten Länder war dies eher die Fortführung eines Trends als eine Veränderung. Zwei Länder wurden in eine neue Kategorie eingestuft, aber in beiden Fällen war die reale Veränderung der Bewertung minimal. Mauritius stieg von der Kategorie einer weit fortgeschrittenen in die einer fortgeschrittenen wirtschaftlichen Transformation ab. Der Wert sank zwar lediglich um 0,07 von 8,00 auf 7,93, doch rutschte das Land damit auch knapp unter die Schwelle der weit fortgeschrittenen wirtschaftlichen Transformation. Vergleichbar stieg das Niveau von Simbabwe infolge der Reformen, die von Präsident Mnangagwa eingeführt und in Aussicht gestellt wurden, von einer rudimentären zu einer stark eingeschränkten wirtschaftlichen Transformation, wobei diese Neuklassifizierung die Folge einer relativ kleinen Verbesserung, in diesem Fall um 0,18, war.

**Tab. 2: Entwicklungsstand der wirtschaftlichen Transformation**

weit fortgeschritten Werte 10 bis 8	fortgeschritten Werte < 8 bis 7	eingeschränkt Werte < 7 bis 5	stark eingeschränkt Werte < 5 bis 3	rudimentär Werte < 3
	Mauritius ▼ Botswana	Südafrika Uganda Ruanda Kenia Namibia	Tansania Madagaskar Lesotho Sambia Dschibuti* Malawi Mosambik Angola Äthiopien Eswatini* Burundi Simbabwe ▲	Südsudan Eritrea Somalia

Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2020. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung des Wirtschafts-Status angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2018.  
\* Neu im Ländersample des BTI



Die einzig bedeutsame Veränderung fand in Burundi statt, das zwar in der Kategorie „stark eingeschränkt“ blieb, aber dennoch einen Rückgang um 0,86 verzeichnete. Das Schicksal der Wirtschaft Burundis war in den letzten Jahren eine perfekte Illustration dessen, wie politische Instabilität und ein Zurückfallen in autokratische Herrschaftsstrukturen eine potenzielle wirtschaftliche Transformation unterminieren können. Die Hintergründe des jüngsten Rückgangs können bis zum Beginn der politischen Krise von 2015 zurückverfolgt werden. Diese begann, als Präsident Pierre Nkurunziza das Verfassungsgericht einschüchterte, ihm die Kandidatur für eine dritte Amtszeit zu ermöglichen, was zu Protesten der Opposition und einem gescheiterten Putschversuch führte. Diese Vorfälle wirkten sich letztlich negativ auf die Wirtschaft aus, ließen Arbeitslosigkeit steigen sowie die Kaufkraft sinken. Vor dem Hintergrund zunehmend autoritärer Strukturen und der Abwesenheit einer effektiven Zusammenarbeit mit internationalen Geldgebern und Anlegern stieg der Schuldenstand von 33,1 % des BIPs im Jahr 2014 auf über 50 % im Jahr 2018. Gleichzeitig ging die Lebensqualität schrittweise zurück, gemessen am Index der menschlichen Entwicklung (HDI) von 0,421 im Jahr 2014 auf 0,417 im Jahr 2017.

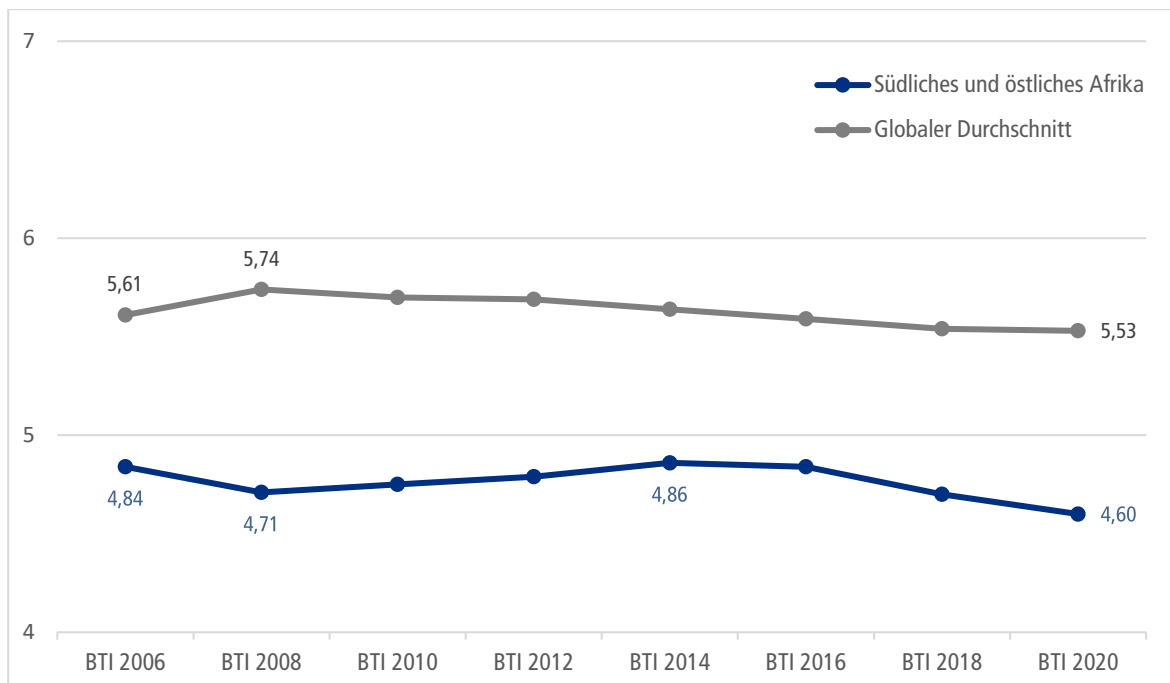
Die Wirtschaftspolitik der Regierung hat wesentlich zur Verschlechterung der Situation beigetragen. Die Einführung neuer Steuern – die damit begründet wurde, dass die Wahlen finanziert werden mussten – belastete zusätzlich Bürger und Unternehmen, die angesichts des Anstiegs der Inflationsrate von 4,4 % im Jahr 2014 auf 16,1 % im Jahr 2017 bereits zu kämpfen hatten. Zwischenzeitlich hat der Mangel an Krediten und Mitteln zu einer zunehmenden Einmischung der Regierung in den Bankensektor geführt. Laut der International Crisis Group forderte der Finanzminister einige Banken – darunter die Burundi Commercial Bank, die Burundi Bank of Commerce and Investment, die Bujumbura Credit Bank, die National Bank of Economic Development und den Urban Habitat Fund – dazu auf, für deren Mitarbeiter bestimmte Jahresabschlusszahlungen nun dem Staat zu überweisen. Gleichzeitig gerieten einige Banken in eine Schieflage, da die Regierung Druck auf sie ausgeübt hat, weitere Darlehen zu gewähren.

Das Zusammenspiel dieser Faktoren mit dem schrittweisen Abwärtstrend einiger Wirtschaftsindikatoren führte dazu, dass die Leistungsstärke der Volkswirtschaft Burundis von 4 auf 3 herabgestuft wurde und das sozioökonomische Entwicklungsniveau von 2 auf 1 – und damit das niedrigste Niveau überhaupt – fiel. Da die Regierung nicht wirksam auf die Gefahren der zunehmenden Verschlechterung der Bodenqualität, der Luftverschmutzung, der Kontamination des Trinkwassers und des Klimawandels reagierte – bis 2050 soll die Temperatur im Jahresdurchschnitt um 3° C steigen, was die Gefahr von Überflutungen, Bodendegeneration und extremen Wetterereignissen erhöht –, sank die Bewertung der Umweltpolitik von 4 auf 3 und damit letztlich auch die Bewertung der Nachhaltigkeit insgesamt. Da das Wirtschaftswachstum 2018 bereits das vierte Jahr in Folge dem Bevölkerungswachstum hinterherhinkte, ist die Bewertung des Landes in Bezug auf die wirtschaftliche Transformation deutlich gesunken.

Bei den 18 Ländern, die seit dem BTI 2006 regelmäßig untersucht wurden, zeigt sich der Trend eines schrittweisen Anstiegs von 4,71 (BTI 2008) auf 4,86 (BTI 2014), gefolgt von einem schrittweisen Rückgang auf 4,70 im BTI 2018. Dieser Trend hat sich weiter beschleunigt, denn die durchschnittliche Bewertung der beiden Regionen fiel aktuellen Untersuchungszeitraum um weitere 0,10 Punkte. Auch hier fällt die Bewertung niedriger aus, wenn man die vier neueren BTI-Zugänge – Dschibuti,

Eswatini, Lesotho und Südsudan – einfließen lässt: In diesem Fall liegt der Wert bei 4,42. Die Rückgänge zwischen dem BTI 2018 und 2020 sind teilweise auf Burundi und die bereits dargelegten Umstände zurückzuführen, doch spiegeln sie zudem auch einen besorgniserregenden regionalen Negativtrend wider: Leistungsstärke der Volkswirtschaft (-0,30), sozioökonomisches Entwicklungsniveau (-0,20) und Geldwert- und Fiskalstabilität (-0,23). Es fand auch ein kleiner Rückgang im Bereich Privateigentum statt (-0,13). Zusammengenommen wiesen die beiden Regionen lediglich eine Verbesserung im Bereich Nachhaltigkeit auf (+0,10). Betrachtet man diese Trends insgesamt, zeigt sich, dass das südliche und östliche Afrika derzeit deutlich unter dem globalen BTI-Durchschnitt liegt.

**Abb. 4: Die wirtschaftliche Transformation im südlichen und östlichen Afrika im Vergleich zum weltweiten Trend**

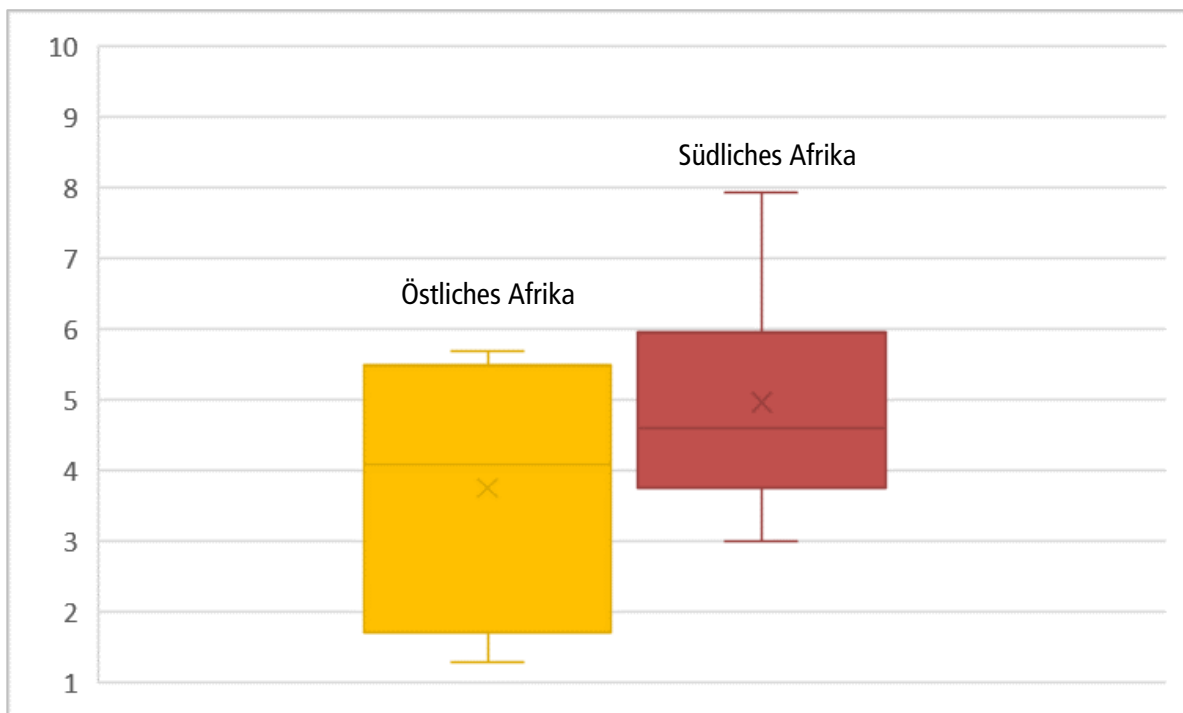


Der Durchschnitt von 18 Ländern des südlichen und östlichen Afrikas (ohne Lesotho, Südsudan, Dschibuti und Eswatini, die später einbezogen wurden) im Vergleich zum weltweiten BTI-Durchschnitt der 119 Länder, die seit 2006 durchgehend bewertet wurden.

Der schrittweise Rückgang der Leistungsstärke der Volkswirtschaft war auf eine Reihe von Faktoren zurückzuführen, wobei sich die beiden Regionen auch hier unterscheiden. Im südlichen Afrika zählen zu den wesentlichen Impulsgebern die schwache Leistungsstärke der regionalen Wirtschaftsschwergewichte, steigende Haushaltsdefizite und zunehmende Verschuldung. Zu kämpfen hatte allen voran die südafrikanische Wirtschaft, die für das gesamte südliche Afrika – als Investitionsquelle und Absatzmarkt für Exporte – eine Schlüsselrolle spielt, denn sie konnte 2017 lediglich 1,3 % zulegen, gefolgt von einer Schrumpfung von 0,7 % im Jahr 2018. Im Zeitraum der beiden Jahre 2017 und 2018 bewegten sich die Wachstumsraten in Lesotho und Namibia im negativen Bereich, was teilweise auf die Abkühlung der südafrikanischen Wirtschaft zurückzuführen war. Was andere Länder des südlichen Afrikas angeht, geriet auch Angola, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Region,

durch die anhaltend niedrigen Ölpreise stark unter Druck. Während das ölexportierende Land zwischen 2008 und 2010, als die Ölpreise hoch waren, Wachstumsraten von 6,5 % erzielte, fiel das Wachstum 2017 und 2018 negativ aus. Laut der Afrikanischen Entwicklungsbank trug das zur wirtschaftlichen Abkühlung in der Region bei und ließ das Wachstum von Höchstständen von 3,9 % zwischen 2011 und 2013 auf 1,6 % im Jahr 2017 und lediglich 1,2 % im Jahr 2018 fallen. Das wiederum wirkte sich negativ auf die Bewertung der Leistungsstärke der Wirtschaft und der sozioökonomischen Entwicklung aus.

**Abb. 5: Punkteverteilung wirtschaftliche Transformation nach Region**



Die Boxen zeigen die mittleren 50 % der Punkteverteilung der Länder der beiden Regionen. Die Linie innerhalb der Boxen zeigt den Median der erzielten Punkte. Die „Whiskers“ (äußeren Linien) markieren die niedrigsten und höchsten Punktzahlen innerhalb der jeweiligen Stichprobe.

Die Situation unterscheidet sich von der in Ostafrika. Hier betrug das Wachstum der größten Volkswirtschaften, Äthiopien, Kenia und Tansania, im Jahresvergleich durchgängig über 5 % und war damit mindestens so stark oder stärker als der regionale Durchschnitt. Gleichzeitig schrieb nur der Südsudan negative Wachstumszahlen, was auf die Beeinträchtigung durch den Bürgerkrieg zurückzuführen war. Somit sind die ostafrikanischen BIP-Zahlen mit knapp unter 6 % nach Angaben der Afrikanischen Entwicklungsbank seit 2016 stabil geblieben. Die Herausforderungen, mit denen sich die Region konfrontiert sah, hatten daher andere Gründe, darunter auch die sich verschlechternde Haushaltsbilanz. In Burundi ist das Haushaltsdefizit von 6,5 % des BIP im Jahr 2017 auf 8,8 % im Jahr 2018 gestiegen. Dschibuti und Eritrea wiesen in den letzten Jahren durchgängig zweistellige Defizite auf. Folglich stieg das Haushaltsdefizit in der Region insgesamt auf 3,8 % des BIPs im Jahr 2017 und dann nochmals auf 4,1 % im Jahr 2018. Die steigende Schuldenlast war zum Teil auf die zunehmenden von China bereitgestellten Kredite zurückzuführen, die möglicherweise auch die langfristige wirtschaftliche Nachhaltigkeit gefährden könnten. Während sich das Wachstum also relativ

positiv entwickelt hat, hatten die fiskalischen Entwicklungen negative Auswirkungen auf die Bewertung der Region in Bezug auf Geldwertstabilität und die Leistungsstärke der Volkswirtschaft.

## Governance

Das Gesamtbild der Governance weist erwartungsgemäß starke Ähnlichkeiten zum Abschneiden vieler Länder in der politischen Transformation auf. Allerdings gibt es auch eine Reihe deutlicher Unterschiede, die zusammengenommen erklären, warum sich die Durchschnittsbewertung der Governance in den beiden Regionen zwischen dem BTI 2018 und BTI 2020 um 0,10 verbesserte. Noch bedeutsamer ist allerdings, dass die Governance-Leistung der Länder des südlichen und östlichen Afrikas im Vergleich mit anderen Regionen wesentlich besser ist, was widerspiegelt, dass einige autoritäre Regierungen relativ gut abgeschnitten haben. Das gilt ganz offensichtlich für Dschibuti und Ruanda, denn hier haben harte Autokratien einige beachtliche Entwicklungserfolge erzielen können, darunter hohes Wirtschaftswachstum. Die Bewertung einer Reihe anderer Länder fiel in Bezug auf die Governance besser aus als in puncto politische Transformation, darunter die von Burundi und Eswatini (harte Autokratien, deren Governance in die Kategorie „schwach“, aber nicht „gescheitert“ fällt) sowie Äthiopien, Kenia, Mosambik und Uganda (gemäßigte Autokratien mit einer „mäßigen“ Governance-Bewertung).

Das zeigt einmal mehr, dass demokratische Staaten kein Monopol auf eine gesunde Steuerung der Wirtschaft oder zukunftsorientierte Entwicklungsstrategien haben. Es sei aber auch darauf hingewiesen, dass die BTI-Daten für das südliche und östliche Afrika aussagekräftige Nachweise dafür liefern, dass eine autoritäre Regierungsstruktur sich alles in allem nicht positiv auf die Governance auswirkt. Zwar ist die Bewertung einiger Länder in dieser Kategorie besser ausgefallen als im Bereich der politischen Transformation, doch zeigt Tab. 3, dass es sich bei den vier stärksten Ländern – Botswana, Malawi, Mauritius und Südafrika – entweder um sich konsolidierende oder defekte Demokratien handelt. Im Gegensatz dazu sind die drei Staaten, deren Governance als gescheitert gilt – Eritrea, Somalia und Südsudan –, gleichzeitig harte Autokratien. Dieses Muster legt die Schlussfolgerung nahe, dass einige autoritäre Regime zwar in puncto Governance recht gut abschneiden, es sich insgesamt jedoch auszahlt, eine Demokratie zu sein.

Tab. 3: Qualität der Governance

sehr gut	gut	mäßig	schwach	gescheitert
Werte 10 bis 7	Werte < 7 bis 5,6	Werte < 5,6 bis 4,3	Werte < 4,3 bis 3	Werte < 3
Botswana	Mauritius	Madagaskar	Angola	Somalia
	Südafrika	Ruanda	Lesotho	Südsudan
	Malawi	Namibia	Burundi	Eritrea
		Dschibuti*	Simbabwe ▲	
		Uganda	Eswatini*	
		Äthiopien ▲		
		Kenia		
		Sambia		
		Tansania		
		Mosambik ▲		

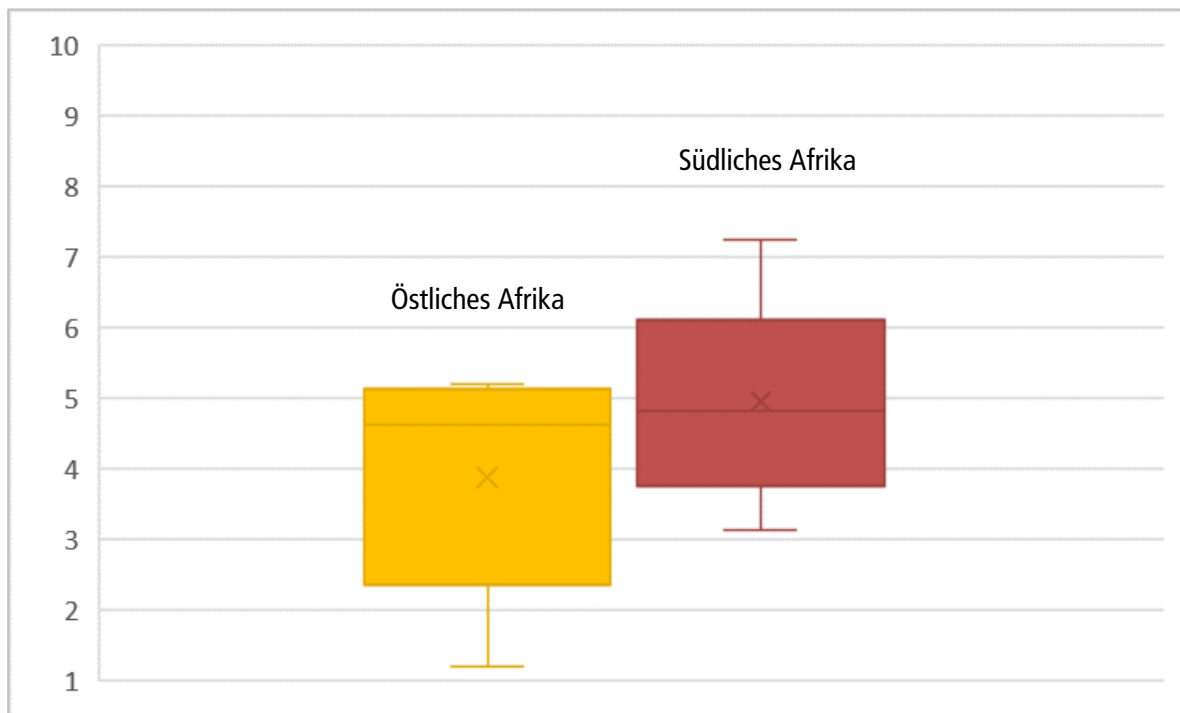
Die Tabelle folgt den Indexwerten im BTI 2020. Die Länder sind entsprechend ihrer Bewertung im Governance-Index angeordnet. Pfeile markieren Kategorienwechsel im Vergleich zum BTI 2018.  
\* Neu im Ländersample des BTI

Bezeichnenderweise war bei keinem der Länder ein Leistungsrückgang festzustellen, der für eine Abstufung gereicht hätte. Gleichzeitig stiegen drei Länder – Äthiopien, Mosambik und Simbabwe – infolge der jüngsten Reformbestrebungen eine Kategorie nach oben. In Äthiopien und Simbabwe folgte die Heraufstufung der Amtsübernahme von Regierungschefs, die ihr Engagement für Reformen zum Ausdruck brachten und Kontakt zu internationalen Partnern suchten. In Simbabwe fuhr Präsident Mnangagwa die berüchtigte feindliche Haltung seines Vorgängers gegenüber westlichen Staaten zurück; er schlug gegenüber den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich eine konstruktivere Tonart an, deutete an, das Land sei geneigt, dem Commonwealth wieder beizutreten, und versprach, das Land für ausländische Investoren zu öffnen. Mnangagwa nahm auch am Weltwirtschaftsforum in Davos teil und hielt eine Rede, in der er versprach „die Wirtschaft und Zusammenarbeit in Handelsangelegenheiten wird meine Priorität“. Auch wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten und allgemeiner Verdruss später dazu führten, dass Mnangagwas Regierung einen Kurswechsel vollzog, sich von der Reformagenda entfernte und die westlichen Regierungen des Versuchs beschuldigte, einen Regierungswechsel zu orchestrieren – ein Rückgriff auf altbewährte Methoden der Ära Mugabe –, spiegelte sich die anfängliche Öffnung in einer besseren Governance-Bewertung wider: sie stieg von 2,37 auf 3,19 und damit um 0,82.

Auch Premierminister Abiy versuchte, bei seinem Amtsantritt in Äthiopien neue Töne anzuschlagen, und versprach, sein Land für Investitionen im zuvor eng überwachten Banken- und Finanzsektor zu öffnen. Er überraschte auch viele Kommentatoren – und Äthiopier – mit seiner Initiative, eine Reihe hochrangiger Militärs zu inhaftieren, die der Korruption und Menschenrechtsübertretungen angeklagt wurden. Wie Mnangagwa erklärte auch er, umfassender gegen die Korruption vorgehen zu wollen. Gleichzeitig ließen Abiys Bereitschaft, politische Gefangene, darunter auch Oppositionsführer Andargachew Tsege, freizulassen, das Urteil der Grenzkommission zu akzeptieren und die strittigen Gebiete an Eritrea abzutreten sowie in der Folge den Konflikt mit Eritrea beizulegen, einen neuen Willen erkennen, sowohl im eigenen Land als auch international Konsens zu schaffen. Zwar

hat das Tempo der Veränderungen gegen Ende seines ersten Amtsjahres nachgelassen, dennoch führten Abiys Maßnahmen zu einem beachtlichen Anstieg (+1,31) der Governance-Bewertung Äthiopiens von 3,65 auf 4,96.

**Abb. 6: Punkteverteilung Governance nach Region**



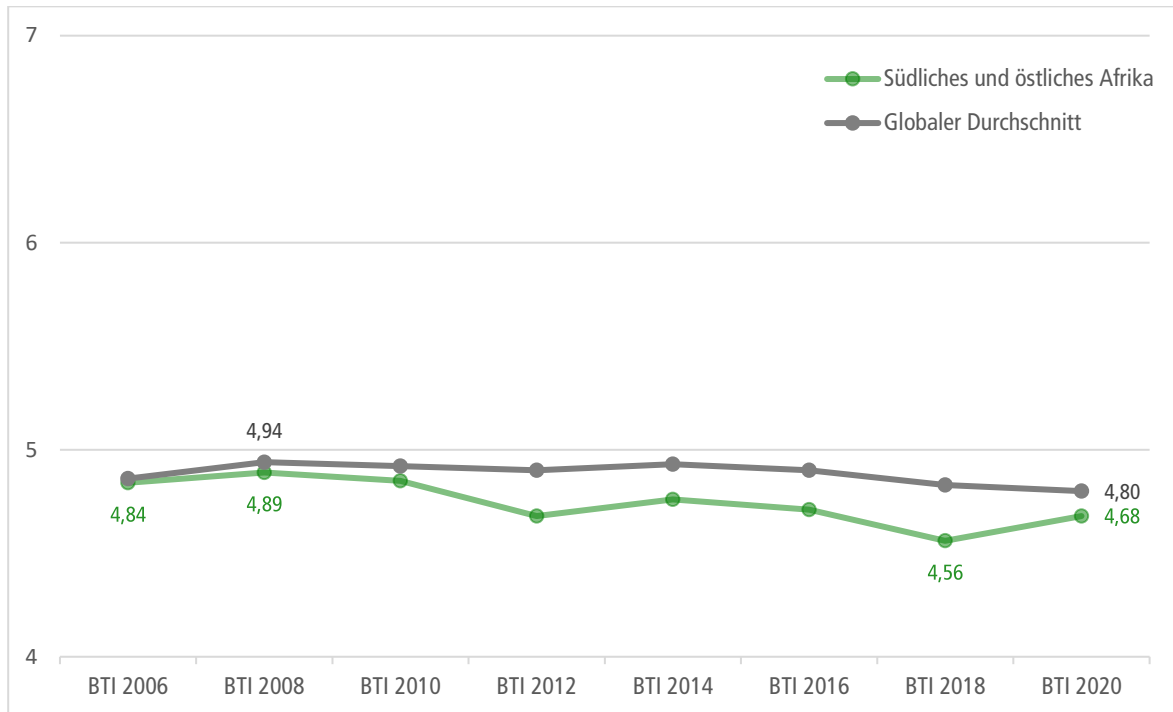
Die Boxen zeigen die mittleren 50 % der Punkteverteilung der Länder der beiden Regionen. Die Linie innerhalb der Boxen zeigt den Median der erzielten Punkte. Die „Whiskers“ (äußeren Linien) markieren die niedrigsten und höchsten Punktzahlen innerhalb der jeweiligen Stichprobe.

Mosambik verfolgte insofern einen ähnlichen Weg, als die hier beschriebenen Veränderungen auf den Amtsantritt von Präsident Filipe Jacinto Nyusi im Jahr 2015 hin erfolgten. Auch wenn die Bewertung des Landes insgesamt lediglich geringfügig gestiegen ist (+0,16), genügte dies für einen Aufstieg von der Kategorie „schwache“ in „mäßige“ Governance. Hinter dieser Neueinstufung stecken Verbesserungen in fünf von sieben Governance-Kriterien. Zu den wichtigsten Veränderungen gehörte, dass man mithilfe des Gabinete Central de Combate à Corrupção (GCCC) seit Ende 2018 mit mehr Entschlossenheit auf allen Ebenen des politischen Systems gegen Korruption vorgeht. Zudem konnten wertvolle Fortschritte bei der Beteiligung zivilgesellschaftlicher Gruppen an wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen erzielt werden und es wurden größere Anstrengungen zur Konsensfindung unternommen, nachdem sich die Beziehungen zwischen der regierenden Mosambikanischen Befreiungsfront (FRELIMO) und dem oppositionellen Nationalen Widerstand Mosambiks (RENAMO) eine Zeit lang so verschlechtert hatten, dass man sich zunehmend Sorgen machte, das Land könnte erneut in einen Bürgerkrieg abrutschen.

Ein weiteres Land mit deutlichem Anstieg der Governance-Bewertung ist Angola. Die Tatsache, dass José Eduardo dos Santos 2017 im Präsidentenamt von João Lourenço abgelöst wurde, sorgte zu Beginn nicht für großen Optimismus, da Lourenço ein früherer Armeegeneral und ein handverlesener Loyalist ist. Innerhalb weniger Wochen nach seinem Amtsantritt nutzte Lourenço allerdings die umfassenden Befugnisse, die ihm gemäß der Verfassung von 2010 zustanden, um gegen Korruption vorzugehen und einige dos Santos-Verbündete von ihren Posten zu entfernen. Das führte zu einer Stärkung der Beziehungen zu internationalen Finanzinstitutionen und einer Verbesserung eines Anstiegs der Governance-Bewertung von 3,60 auf 4,23, was einer Steigerung um 0,63 entspricht.

Insgesamt wurde zwar kein Land herabgestuft, doch gab es zwei Staaten, in denen die Qualität der Governance deutlich nachließ: Tansania und Sambia. In beiden Fällen spiegelte das die kompromisslose Strategie eines nicht zu Zugeständnissen bereiten Präsidenten wider, wobei sich der jeweilige Kontext, in dem sich die Sachverhalte abspielten, stark unterschied. Wie bereits weiter oben beschrieben, fiel es Präsident Lungu in Sambia schwer, seine Legitimität und Autorität geltend zu machen, nachdem er im November 2014 aufgrund umstrittener Umstände Präsidentschaftskandidat der regierenden Patriotic Front wurde. In Erwartung eines beschwerlichen Kampfs um die Wiederwahl 2021, der ihm angesichts des knappen Ausgangs früherer Wahlen und der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes bevorsteht, machte sich Lungu daran, sich die Kontrolle mithilfe einer Kombination aus Marginalisierung der Opposition, Untergrabung der Unabhängigkeit zentraler Governance-Institutionen und langfristig nicht tragbarer Staatsausgaben zu sichern. Auf der anderen Seite unterminierte das Scheitern der Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf dringend benötigte Budgethilfen in Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar auf lange Sicht die Chancen auf ein effektives Management der zunehmenden Verschuldung des Landes. Infolge der schwächeren Bewertung für internationale Kooperation und Konsensbildung fiel Sambias Governance-Bewertung von 5,06 auf 4,48, ein Rückgang von 0,58.

Ein ähnlicher Trend zeigte sich in Tansania, obwohl die Impulsgeber sich stark unterschieden. John Magufuli wurde 2015 als Parteichef der seit der Unabhängigkeit durchgehend regierenden Chama Cha Mapinduzi (CCM) zum Präsidenten des Landes gewählt. Zu Beginn schätzte man ihn für seinen direkten, bodenständigen Stil, er kehrte durch und versprach, die Korruption auszumerzen. Im Laufe der Zeit nahmen allerdings die Bedenken darüber zu, wie der neue Präsident mit seiner populistischen Art und der Entschiedenheit, mit der er Veränderungen durchsetzt, die Konsensbildung unterminiert. Die Oppositionsparteien wurden durch das Verbot öffentlicher Versammlungen und gelegentliche Inhaftierungen eingeschüchtert; gleichzeitig führte seine aggressive Haltung gegenüber internationalen Geldgebern und Anlegern zu einem beträchtlichen Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen. Da er viele internationale Gipfeltreffen, an denen seine Vorgänger teilnahmen – vorgeblich um Staatsausgaben zu senken –, mied, beschreiben einige seiner Kritiker seine Außenpolitik als isolationistisch. Insgesamt haben diese Entwicklungen der Bewertung des Landes im Hinblick auf Ressourceneffizienz und Konsensbildung geschadet, was zu einem Rückgang der Governance-Bewertung insgesamt von 5,07 auf 4,47 (-0,60) geführt hat. Es handelte sich dabei um den stärksten Rückgang im gesamten südlichen und östlichen Afrika.

**Abb. 7: Governance im südlichen und östlichen Afrika im weltweiten Trendvergleich**

Der Durchschnitt von 18 Ländern des südlichen und östlichen Afrikas (ohne Lesotho, Südsudan, Dschibuti und Eswatini, die später eingeschlossen wurden) im Vergleich zum weltweiten BTI-Durchschnitt der 119 Länder, die seit 2006 bewertet wurden.

Die größere Leistungsstärke der beiden Regionen in Bezug auf die Governance zeigt sich im Gesamttrend seit 2006 (Abb. 7). Zwar sind die Regionen, obwohl sie noch vor 14 Jahren dem BTI-Durchschnitt entsprachen, auch in dieser Bewertung unter den weltweiten BTI-Durchschnitt gerutscht, doch ist der Unterschied gering: 4,68 im Vergleich zu 4,80. Allerdings ist auch hier der Durchschnitt wesentlich niedriger, wenn man die Länder einbezieht, die erst in jüngster Zeit hinzugekommen sind. Er liegt dann bei 4,46, was die schwache und unwirksame Governance in den meisten dieser Staaten zeigt, wobei Dschibuti hier die offensichtliche Ausnahme bildet. Was die politische Transformation angeht, zeigte sich in den beiden letzten BTIs eine Verbesserung, doch in diesen Fällen war der Anstieg von 4,56 auf 4,68 bedeutsamer. Gründe hierfür waren der wirkungsvollere Einsatz internationaler Partner und Gelegenheiten, der effizientere Einsatz von Ressourcen und zu einem geringeren Maße die verstärkten Bemühungen um die Konsensbildung. Tatsächlich stellt der BTI in diesem Zeitraum nur in zwei Bereichen Verschlechterungen fest – in der Höhe des Schwierigkeitsgrads und bei der Gestaltungsfähigkeit. Es sei darauf hingewiesen, dass der Schwierigkeitsgrad faktisch eine Messgröße ist, die Staaten mit besonders großen strukturellen Hindernissen kompensiert. Verringert sich hier die Bewertung, bedeutet das also, dass sich das Umfeld, in dem ein Land agiert, verbessert hat. Sie impliziert nicht, dass die Regierungsleistung zurückgegangen ist.



## Ausblick

Die beiden Regionen werden sich in den nächsten zwei Jahren wohl weiterhin mit beachtlichen Herausforderungen im Bereich der Politik, Wirtschaft und Governance konfrontiert sehen.

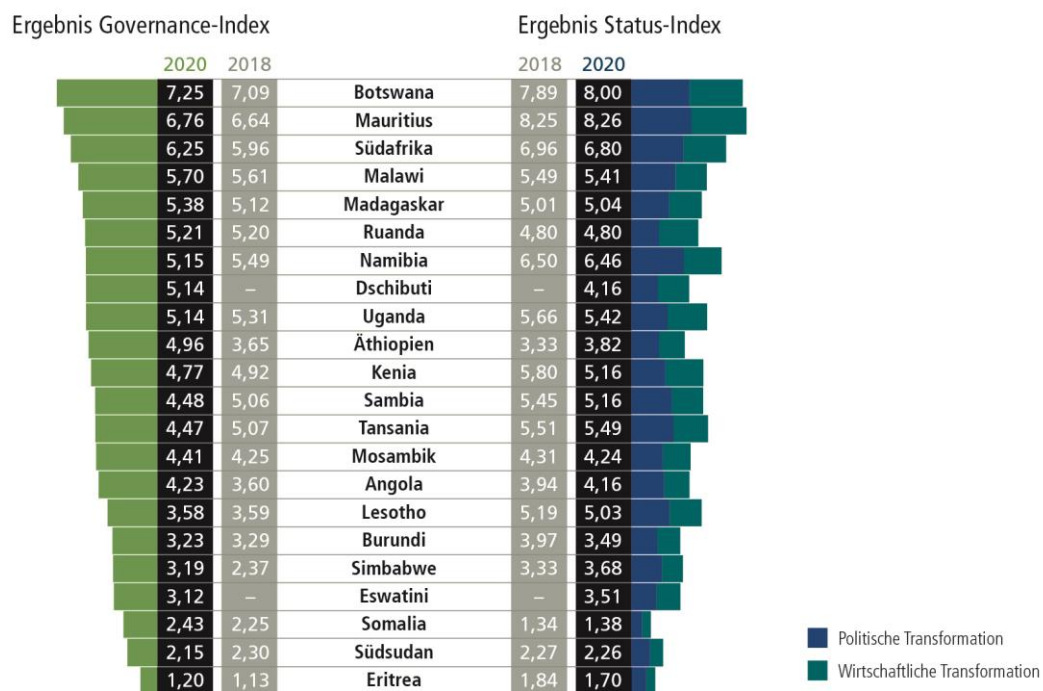
Der politische Ausblick für das östliche Afrika legt die Vermutung nahe, dass die politischen Rechte und bürgerlichen Freiheiten weiterhin bedroht sein dürften. Eritrea, Somalia und der Südsudan werden wohl weiter zu verschlossen oder zu instabil bleiben, um nennenswerte demokratische Fortschritte zu erzielen. Gleichzeitig haben sich in Burundi, Dschibuti, Ruanda und Uganda autoritäre Machthaber als Präsidenten auf Lebenszeit etabliert und man kann damit rechnen, dass sie auf jegliche Anfechtungen ihrer Autorität mit repressiven Maßnahmen reagieren werden, was entweder in einer Fortsetzung mündet oder – sofern die Anfechtungen wie in Uganda von einer starken Opposition kommen – zu einer weiteren Schwächung der politischen Transformation führt. Im Vergleich zu diesen Staaten ist Tansania politisch betrachtet wesentlich wettbewerbsfähiger geblieben, wobei Präsident Magufuli wiederholt unter Beweis gestellt hat, dass er keine Kritik akzeptiert und Oppositionsparteien und zivilgesellschaftliche Gruppen einschüchtert. Daher ist es wahrscheinlich, dass die bürgerlichen Freiheitsrechte im Vorfeld der 2022 stattfindenden Wahlen weiter eingeschränkt werden, was die Konsensbildung unterminieren und die Wahrscheinlichkeit ausgeprägter Kritik seitens der internationalen Staatengemeinschaft erhöhen würde.

Auch in anderen Staaten besteht die Gefahr von demokratischen Rückschritten. Zwar herrscht in Kenia derzeit politische Stabilität, da sich Präsident Uhuru Keniatta und der seit langer Zeit etablierte Oppositionsführer Raila Odinga „die Hand gereicht“ haben, was einen Weg aus der politischen Sackgasse, in die man nach der Krise infolge der Wahlen von 2017 geraten war, bereitet hatte, doch werden die politischen Spannungen im Vorfeld der Wahlen 2022 wieder ansteigen. Insbesondere der Wettstreit um die Nachfolge Keniattas, der nach zwei Amtszeiten abtreten wird, droht die Regierung zu spalten. Sollte der Vizepräsident William Ruto nicht zum Präsidentschaftskandidaten der regierenden Partei gewählt werden, was Keniatta ursprünglich versprochen hatte, von seinen Verbündeten aber zu verhindern versucht wird, wird er die Partei verlassen, um ein rivalisierendes Bündnis zu gründen. Das würde die nationale Einheit stark gefährden, da die Koalition zwischen Keniatta, einem Kikuyu, und Ruto, einem Kalenjin, dazu beigetragen hat, den gefährdeten Frieden zwischen den beiden ethnischen Gruppen zu wahren, bei denen es in der Folge der Wahlen von 2007/8 zu schlimmsten Gewaltakten gekommen war. Das Land sieht sich also zunehmend mit der Gefahr von Spannungen zwischen ethnischen Gruppen und dem Einsatz hart durchgreifender Sicherheitskräfte konfrontiert, bei dem Versuch der Regierung, die Situation unter Kontrolle zu halten.

Im Vergleich zu diesen negativen Aussichten zeichnet sich in Äthiopien nach der jüngsten politischen Öffnung ein Silberstreif am Horizont ab. Aufgrund der anhaltenden Instabilität in Teilen des Landes und der Gefahr regionaler Putschversuche und Aufstände muss sich Premierminister Abiy allerdings der Herausforderung stellen, gleichzeitig für politische Stabilität zu sorgen und seine Reformen voranzutreiben. Die allgemeinen Wahlen, die im Mai 2020 stattfinden werden, sind ein wichtiger Belastungstest für den neuen Weg der Regierung, vor allem angesichts des engen Zeitrahmens zu Gewährleistung glaubwürdigerer Wahlen. Da die Zeit nicht ausreicht, um umfassende institutio-

nelle Veränderungen vorzunehmen, wird viel von Abiys Charisma und Verstand sowie seiner Fähigkeit abhängen, das Vertrauen der Opposition und der verschiedenen Fraktionen der regierenden Revolutionären Demokratischen Front der Äthiopischen Völker (EPRDF) aufrechtzuerhalten.

Die Lage im südlichen Afrika ist wesentlich vielversprechender, was zum Teil daran liegt, dass die Region bereits einige stabile demokratische Staaten aufweist. Es ist unwahrscheinlich, dass auf Mauritius und in Namibia größere Veränderungen eintreten, während Südafrika das Potenzial für eine demokratische Erneuerung hat, nachdem Jacob Zuma als Präsident von Cyril Ramaphosa abgelöst wurde. Allerdings werden die nächsten zwei Jahre für einige andere Länder ein Belastungstest für deren demokratische Orientierung. Malawi verbrachte den größten Teil des Jahres 2019 damit, sich von den umstrittenen Präsidentschaftswahlen im Mai zu erholen, bei denen es nach Ansicht der Oppositionsparteien Manipulationen zugunsten von Präsident Peter Arthur Mutharika und seiner Democratic People's Party (DPP) gegeben haben soll. Die anhaltenden Proteste auf der Straße haben die brüchigen demokratischen Fortschritte des Landes ins Rampenlicht gerückt und werden die politischen Spannungen weiter vertiefen, es sei denn die Petition gegen Mutharikas Wahlsieg sollte von Erfolg gekrönt sein.



In Botswana, einer der ältesten Demokratien des Kontinents, ist die Vorherrschaft der Botswana Democratic Party (BDP) – die das Land seit der Unabhängigkeit regiert hat – längst nicht mehr sicher. Einen Vorgeschmack auf künftige politische Wettstreits lieferten die Parlamentswahlen im Oktober 2019, die zu den am härtesten umkämpften in der Geschichte des Landes gehörten. Der frühere BDP-Parteichef und Präsident Ian Khama war im Mai 2019 aus der Partei ausgetreten und schwor, alles

daranzusetzen, dass die BDP die Wahlen verliert. Khama war darüber verärgert, dass der von ihm auserwählte Nachfolger, Präsident Mokgweetsi Masisi, sich seinen Wünschen nicht gebeugt hat. Am Ende hatte die zersplitterte Opposition allerdings keine Chance gegen Präsident Masisi, dessen populistisch anmutende Versprechen von Gehaltserhöhungen für öffentliche Bedienstete bis zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Elektroautomobilindustrie bei der Bevölkerung verfangen und seiner BDP sogar einen noch höheren Stimmenanteil als 2014 bescherten. Dennoch werfen die Ereignisse des Jahres 2019 die Frage auf, wie die regierende Partei wohl auf die Aussicht, die Macht zu verlieren, reagieren würde.

Die Wahlen dürften auch in Sambia erneut zu Spannungen führen, während sich das Land auf seinen nächsten Gang zu den Wahlen im Jahr 2021 vorbereitet. Der Kampf um das Präsidentenamt wird wohl, wie bereits 2016, sehr eng werden, insbesondere angesichts der wirtschaftlichen Schwäche und der zunehmenden öffentlichen Unzufriedenheit mit der regierenden Patriotic Front (PF). Wie auch in Tansania toleriert Präsident Lungu immer weniger andere Meinungen und es ist damit zu rechnen, dass er verstärkt auf Repressionen setzen wird, falls die Wahrscheinlichkeit einer Wahlniederlage zunimmt.

Darüber hinaus wird die Entschlossenheit der Regierung, die umstrittenen Verfassungsänderungen – die nach Meinung der Kritiker die Unabhängigkeit und Neutralität der Justiz zu unterminieren drohen – mit aller Macht durchzusetzen, zu einem weiteren Abbau der Teilung und wechselseitigen Kontrolle der staatlichen Gewalten führen.

Verbesserungen in der Regierungsleistung sind eher in Ländern zu vermuten, in denen in jüngster Zeit ein Regierungswechsel stattgefunden hat, aber selbst in diesen Fällen gibt es gute Gründe zur Vorsicht. Sowohl in Angola als auch in Simbabwe bleibt abzuwarten, wie umfassend die wirtschaftlichen und politischen Reformen, die aus den jüngsten politischen Veränderungen hervorgehen, tatsächlich werden. Zwar waren die Hoffnungen in Simbabwe nach Robert Mugabes Sturz ursprünglich höher, doch war es die Antikorruptionsinitiative des angolischen Präsidenten Lourenço, die sich am stärksten auf die Governance-Bewertung auswirkte. In beiden Ländern gibt es allerdings Anlass zur Sorge. In Angola ist unklar, ob Lourenço sich wirklich für die Reformen engagiert oder ob er lediglich entschlossen ist, das korrupte persönliche Netzwerk, das das dos Santos-Regime unterstützt hat, durch sein eigenes zu ersetzen. In Simbabwe hat die Regierung öffentliche Proteste konsequent eingeschränkt und ist gleichzeitig nicht effektiv gegen mutmaßliche Menschenrechtsverletzungen von Sicherheitskräften vorgegangen, was die Vermutung aufkommen lässt, dass sich Mnangagwas Regime auf Säulen stützt, die denen Mugabes sehr stark ähneln. Zieht man alle diese unterschiedlichen Entwicklungen in Betracht, dürften sich die demokratischen Zugewinne und Verluste – wie schon im Zeitraum 2018-20 – auch künftig ausgleichen.

Wie bereits in der Vergangenheit werden diese politischen Rahmenbedingungen auch die wirtschaftliche Entwicklung in der Region beeinflussen. Die anhaltende politische Instabilität in Ländern wie Somalia und dem Südsudan werden deren wirtschaftliche Erholung unterminieren. Zunehmende politische Spannungen in Ländern wie Kenia, Sambia und Tansania dürften dem Wirtschaftswachstum kaum zuträglich sein. Autoritäre und korrupte Regierungen wie die Burundis, Eswatinis und Lesothos dürften ausländische Anleger eher abschrecken.

Selbstverständlich werden die wirtschaftlichen Tendenzen auch die politischen Entwicklungen prägen. Über die nächsten zwei Jahre wird Ostafrika seinen Wandel von einer vorrangig landwirtschaftlichen Region zu einer zunehmend rohstoffreichen Region vollziehen. Neben Öl in Kenia, im Südsudan und in Uganda ist Tansania die führende Region, was die Entdeckung natürlicher Gasvorkommen angeht. Zwar wird die Förderung dieser Rohstoffe neue Einnahmequellen für die Regierung hervorbringen und neue Infrastrukturprojekte stützen, doch wird es den regierenden Parteien auch die Möglichkeit geben, den Rat internationaler Finanzinstitutionen und die Forderungen zivilgesellschaftlicher Gruppen zu ignorieren. Mit der nennenswerten Ausnahme von Ghana haben Öl- und Gasvorkommen eher autoritäre Regierungsformen hervorgebracht.

Die wirtschaftlichen Aussichten des südlichen Afrikas werden vor allem davon abhängen, ob sich Angola weiter von den Auswirkungen der niedrigeren Ölpreise erholen kann und ob es Südafrikas Präsidenten Cyril Ramaphosa gelingt, die Korruption einzudämmen, die Verwaltung zu reformieren und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Laut Prognosen der Afrikanischen Entwicklungsbank wird die Wirtschaft Angolas 2019 einen Zuwachs von 1,2 % verzeichnen und sich 2020 auf 3,2 % steigern, während das Wachstum 2019 in Südafrika 1,7 % zulegen wird und 2020 dann 2 %. Ein derartiges Wachstum der beiden größten Volkswirtschaften der Region könnte das Wachstum in der gesamten Wirtschaftsregion 2019 auf 2,2 % und 2020 auf 2,8 % steigen lassen. Beide Länder sehen sich allerdings mit großen Herausforderungen konfrontiert. Während die wirtschaftliche Leistungsstärke Angolas – neben dem Ölpreis – davon abhängen wird, ob es Präsident Lourenço gelingt, einen weniger korrupten Staat aufzubauen als sein Vorgänger, wird das Wachstum in Südafrika vermutlich flau bleiben, da die unzuverlässige Verfügbarkeit und die hohen Preise von Energie nach wie vor zentrale Bereiche wie die Industrie beeinträchtigen.

Daher ist es durchaus möglich, dass die Länder des südlichen Afrikas zwar höhere Bewertungen in der politischen Transformation und Governance erzielen werden als die Länder Ostafrikas, die ostafrikanischen Volkswirtschaften jedoch erneut stärker wachsen werden.